



Nichts los auf dem Euro-Airport. Ohne sicheren binationalen Status würde er zum unbedeutenden, französischen Regionalflughafen.

KEYSTONE

Die Suche nach dem Deal mit Paris

Euro-Airport Schweizer Geld für Bahnanschluss gegen Rechtssicherheit für binationalen Status

VON PETER SCHENK

Paris ist empfindlich, diese Erfahrung musste die Schweiz erst kürzlich wieder machen. Sah es im März noch nach einer baldigen Lösung in den schwierigen Verhandlungen aus, welches Steuerrecht auf dem binationalen Euro-Airport (EAP) gilt, herrscht derzeit wieder Funkstille.

Paris gab sich verschnupft

Nachdem Bern auf französische Vorschläge zum Steuerrecht mit Nachfragen reagiert hatte, gab man sich in Paris verschnupft. Erschwerend dürfte hinzukommen, dass Präsident François Hollande nach dem Wahldebakel der Linken bei den Kommunalwahlen Ende März die Regierung ausgewechselt hat und es somit auf der französischen Seite neue Verhandlungspartner gibt.

Vier Fragen stehen im Mittelpunkt der Verhandlungen: Wie und von wem werden die Unternehmen im Schweizer Teil des Flughafens besteuert, wo müssen sie ihre Mehrwertsteuer zahlen, wo wird der Euro-Airport selbst besteuert und was geschieht mit den Luftfahrttaxen, die

Frankreich neu auch im Schweizer Teil des EAP erheben wollte – eine Entscheidung, die derzeit ausgesetzt ist? Bei den Taxen handelt es sich laut EAP-Direktor Jürg Rämi um rund acht Euro pro abfliegenden Passagier.

Rämi betonte die grosse Bedeutung des Schweizer EAP-Teils: «80 Prozent der Einnahmen fliessen in Schweizer Franken und 80 Prozent der Ausgaben erfolgen in Euro», sagte er. Will heissen, der überwiegende Teil von Umsatz und Gewinn wird von den Unternehmen erwirtschaftet, die im Schweizer Teil ansässig sind. Das Gleiche gilt für die Fluggesellschaften, die zu 80 Prozent unter Schweizer Flugrecht fliegen.

Französische Mehrwertsteuer

Für den Basler Regierungsrat Christoph Brutschin wäre die von Paris verfolgte Einführung der französischen Mehrwertsteuer ein «No-go» «Der Schweizer Zoll, der die französische Mehrwertsteuer erheben soll – das kann nicht funktionieren. Wenn das kommt, wird der EAP zu einem französischen Regionalflughafen.» Wie genau dies zu verhindern ist und wie es im Schweizer Teil des Flughafens

weitergeht, waren die zentralen Fragen eines Panelgesprächs, das Dienstagabend im Rahmen der Vereinsversammlung der «IG Luftverkehr Vereinigung Pro Euro-Airport» stattfand und an dem auch Rämi und Brutschin teilnahmen.

Als Hauptidee, die auch der Basler Wirtschaftsdirektor vertrat, kristallisierte sich eine Frage heraus: Wie kann die Schweizer Beteiligung am EAP-Bahnanschluss als Hebel für die Sicherung des binationalen Status des Flughafens eingesetzt werden? Der Bahnanschluss soll voraussichtlich 2020 fertig sein und 260 Millionen Euro kosten. Derzeit wird die Finanzierung diskutiert.

Schon im Juni wird laut Philippe Richert, Präsident der Region Elsass, die neue siebenjährige Rahmenvereinbarung zwischen Gebietskörperschaften und französischem Staat abgeschlossen, in der der Bahnanschluss als prioritär eingestuft werden soll. Richert warnte an der Generalversammlung der Regio Basiensis nachdrücklich davor, Bahnanschluss und Steuerfrage zu koppeln. Dies könne für den französischen Staat ein willkommener Vorwand

sein, seinen Anteil an dem Projekt ganz zu streichen.

Brutschin ist sich dieser Gefahr bewusst. Gleichzeitig aber betont er: «Wir können das Vorhaben nur finanzieren, wenn der binationale Status des Flughafens gesichert ist.» Vom Bund fühlt er sich in der Steuerfrage gut unterstützt. «Er hat ein grosses Interesse am EAP als dritten Landesflughafen. Dort gibt es im Gegensatz zu Zürich und Genf noch Kapazitätsreserven.»

Bald Hilfe von privater Seite?

Vielleicht kommt nun bald Hilfe von privater Seite. Bernd Menzinger, der die Unternehmen auf der Schweizer Seite des EAP vertritt, kündigte an, dass diese einen eigenen Vorschlag für die Lösung der Steuerfrage hätten. «Wir haben ihn bereits in Bern deponiert, ich glaube aber nicht, dass er den Franzosen mitgeteilt wurde.»

In Kürze wollen die Unternehmen selbst aktiv werden und den Vorschlag in Paris vorstellen. Er könnte daraus bestehen, bei weiterer Anwendung des Schweizer Rechts Steuern nach Frankreich abzuführen.